

DER HAUPTFEIND JEDEN VOLKES STEHT IM EIGENEN LANDE!
(Karl Liebknecht)

DER SPARTAKIST

GEGEN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTEN ÖSTERREICHS
(Sektion der Vierten Internationale)

April 1947

Nr. 18

Preis S 1.-

ERSTER MAI - WELTKAMPFTAG DES PROLETARIATS

Genossen! Genossinnen!

Zum drittenmal seit dem Ende des zweiten imperialistischen Weltkrieges und der faschistischen Diktatur bereitet sich das Proletariat auf den 1. Mai vor. Die Verräter an der Arbeiterklasse haben diesen Tag zu einem harmlosen Feiertag degradiert. Doch weil immer noch jene Ziele, für die das Proletariat seit Jahrzehnten kämpft, für die es jährlich auch an diesem Tag marschiert ist, nicht verwirklicht sind, weil immer noch der verfaulende Kapitalismus,

der mörderische Imperialismus herrschen, weil für die übergroße Mehrzahl der Menschen das Leben immer noch Ausbeutung und Unterdrückung, Elend und Sklaverei ist, darum kämpfen wir Internationalen Kommunisten, um aus dem 1. Mai wieder das zu machen, was er einst war - der Weltkampftag der Arbeiterklasse.

Die revolutionäre Vorhut des Proletariats kann an diesem 1. Mai nur in einigen wenigen Ländern offen unter ihrem Banner, unter dem Banner der Vierten Internationale für die proletarisch-revolutionären Losungen und Ziele demonstrieren. Auch bei uns gibt es für Internationale Kommunisten keine demokratischen Rechte und Freiheiten. Der 1. Mai 1947 findet ja Österreich als ein Land, das von fremden Truppen besetzt ist, das von ausländischen Mächten unterdrückt und ausgeplündert wird,

oo

INHALT DIESER NUMMER:

Erster Mai - Weltkampftag des Proletariats

Die Imperialisten bereiten eine neue Katastrophe vor! Nur die Arbeiterklasse kann sie daran hindern!

Die Lebenshaltungskosten der österreichischen Arbeiter

Das Betriebsrätegesetz

Die fortschreitende Konzentration des Monopolkapitals in den Vereinigten Staaten

Streiflichter

oo

dessen Volk wichtigste demokratische Rechte vorenthalten werden.
Wir kämpfen darum:

FÜR DAS DEMOKRATISCHE SELBSTBESTIMMUNGSRECHT ALLER NATIONEN!

FÜR DAS DEMOKRATISCHE SELBSTBESTIMMUNGSRECHT AUCH DES ÖSTER-
REICHISCHEN VOLKES!

FÜR DEN SOFORTIGEN UND BEDINGUNGSLOSEN ABZUG ALLER FREMDEN
TRUPPEN!

Wir Internationalen Kommunisten können am 1. Mai in Öster-
reich noch nicht offen unser Banner vor den Massen entfalten. Wir
halten uns aber deshalb den Massen nicht fern; wir gehen mit den
Arbeitern. Wir beteiligen uns an den Kundgebungen der SP und der
Stalinpartei. Wir treten für gemeinsame Maikundgebungen dieser Par-
teien und der Gewerkschaften ein. Wir verurteilen die Haltung der
SP, die gemeinsame Kundgebungen ablehnt und so das Proletariat
spaltet. Wir üben Kritik an der Stalinpartei, die, statt die stali-
nistischen Arbeiter aufzufordern, sich unter den Fahnen ihrer Par-
tei der sozialdemokratischen Führung zu Trotz an der sozialdemokra-
tischen Kundgebung zu beteiligen und so die Spaltungsmanöver der
SP zu durchkreuzen, ihrerseits zu eigenen Kundgebungen aufruft und
auf diese Weise der SP in die Hände arbeitet. Wir verurteilen die
verbürokratisierte Spitze des Gewerkschaftsbundes, die die Abhaltung
von den Gewerkschaften organisierter gemeinsamer Maikundgebungen
der Arbeiter und Angestellten ablehnt und so den sozialdemokrati-
schen und stalinistischen Spaltern die Sabotage der Arbeitereinheit
ermöglicht.

Indem wir uns je nach Zweckmäßigkeit an den Kundgebungen
der SP und der Stalinpartei beteiligen, treten wir überall für die
Kampfeinheit der Arbeiterklasse ein. Wir vergessen dabei nicht für
einen Augenblick weder, was uns von den Verratsparteien trennt, noch
was uns mit den sozialdemokratischen und stalinistischen Arbeitern
verbindet. Wir vergessen nicht, daß die SP seit 1914 das Proletariat
unausgesetzt verrät. Wir vergessen nicht, daß sie seit langen Jahren
einen Bundesgenossen und Helfershelfer gefunden hat in den stalinisti-
schen Parteien, diesen Agenturen der bonapartistischen Kremldique,
die sich über die russischen Massen erhoben hat und diese unterdrückt,
die den ersten Arbeiterstaat der Welt dem Untergang entgegenführt,
die das Banner des Kommunismus und der Rätemacht beschmutzt und
zerrissen hat. Wir vergessen nicht, daß SP und Stalinpartei mit dem
kapitalistischen Klassenfeind in Arbeitsgemeinschaft sind, daß sie
zusammen mit dessen Partei, der ÖVP, in der Regierung sitzen, daß
sie mit ihm zusammenarbeiten, daß sie im Interesse dieser Zusammen-
arbeit, der Koalition, der "demokratischen Konzentration" fortge-
setzt die Arbeiterinteressen preisgeben und so das Proletariat
schwächen. Wir vergessen aber auch nicht, daß wir mit den sozial-
demokratischen und stalinistischen Arbeitern die Not und Unfreiheit
teilen, daß wir diese Arbeiter gewinnen müssen für unser Programm,
für unsere Fahne, für den internationalen Kommunismus. Wir leiten
daher unsere Klassenbrüder an, für die uns allen gemeinsamen Inte-
ressen zu demonstrieren:

GEGEN HUNGER UND NOT!

GEGEN DIE TEUERUNG - FÜR AUSREICHENDE LÖHNE, FÜR DIE EINFÜH-
RUNG DER GLEICHENDEN LOHNSKALA!

GEGEN SCHLEICHHANDEL, SCHIEBERTUM UND KAPITALISTISCHE SABO-
TAGE - FÜR EINE AUSREICHENDE VERSORGUNG DES ARBEITENDEN
VOLKES MIT LEBENSMITTELEN UND BEDARFSGEGENSTÄNDEN!

FÜR DIE KONFISKATION ALLER SCHLEICHHANDELS- UND KAPITALI-

STISCHEN ZWISCHENGWINNE!

FÜR DIE ARBEITERKONTROLLE DER AUFBRINGUNG UND VERTEILUNG
DER LEBENSMITTEL!

Wir erklären den Arbeitern, daß der Kapitalismus die Ursache unserer Not und unserer Unfreiheit ist, daß ohne dessen Sturz sich an unserer Lage nichts Wesentliches ändern kann, daß der Kapitalismus schon überreif ist, von Sozialismus abgelöst zu werden.

NIEDER MIT DEM KAPITALISMUS! VORWÄRTS ZUM INTERNATIONALEN
VÖLKERBEFREIENDEN SOZIALISMUS!

Wir erklären den Arbeitern, daß gegen den Kapitalismus kämpfen heißt, gegen die Klasse zu kämpfen, die dessen Träger ist:

GEGEN DIE KAPITALISTENKLASSE! GEGEN DIE BOURGEOISIE!

Wo wir können, leiten wir die Arbeiter an, ihre Stimme gegen den Klassenfeind zu erheben. Wir zeigen den Arbeitern, daß die Hitler und Göring, die Himmler und Göbbels zwar verschwunden, daß aber deren Wegbereiter und Vorläufer, die Männer der Dollfuß-Schuschniggdiktatur, die christlichsozialen Politiker und Heimwehrfaschisten geblieben sind, daß diese wieder in den einflußreichsten Stellen sitzen. Wir zeigen den Arbeitern vor allem, daß die kapitalistischen Hintermänner und Auftraggeber der Hitlerdiktatur wie des Dollfuß-Schuschniggregimes auch die Hintermänner und Auftraggeber der ÖVP sind, daß sie in Wirklichkeit den Staatsapparat in Händen haben, daß sie die Herrschenden auch im "neuen" Österreich sind, daß die faschistische Gefahr besteht, solange die Bourgeoisie herrschende Klasse ist.

NIE WIEDER FASCHISMUS! NIE WIEDER FASCHISTISCHE DIKTATUR!

Und darum:

FÜR DIE RESTLOSE AUFDECKUNG ALLER BEZIEHUNGEN ZWISCHEN KAPITALISTENKLASSE UND FASCHISMUS! FÜR DIE BESTRAFUNG DER FASCHISTISCHEN VERBRECHER WIE IHRER KAPITALISTISCHEN HINTERMÄNNER!

FÜR DIE ENTSCHÄDIGUNGSLOSE ENTZEIGNUNG DER BANKEN UND DES MONOPOLKAPITALS!

FÜR DIE ARBEITERKONTROLLE DER PRODUKTION!

FÜR EINE KAPITALISTENFREIE REGIERUNG!

Wir erklären den Arbeitern, daß die Bourgeoisie nicht nur die Auftraggeberin des blutigen Faschismus, sondern auch die Anstifterin und Nutzniesserin des imperialistischen Krieges ist.

NIEDER MIT DEM IMPERIALISTISCHEN KRIEG!

NIEDER MIT DEM KAPITALISTISCHEN MILITARISMUS!

GEGEN DIE NEUAUFSTELLUNG EINER BÜRGERLICHEN ARMEE!

KEINEN MANN UND KEINEN GROSCHEN FÜR DIE WIEDERAUFRÜSTUNG DER BOURGEOISIE - FÜR EIN PROGRAMM GEMEINNÜTZIGER ARBEITEN!

FÜR DIE RESTLOSE KONFISKATION ALLER KRIEGSGEWINNE ZUGUNSTEN DES ARBEITENDEN VOLKES!

Für diese Losungen, für diese Forderungen kämpfen wir, für sie treten wir, wo wir können, vor den Arbeitern und gemeinsam mit ihnen am 1. Mai ein. Das Hauptfeuer gegen den Klassenfeind! Dann werden wir uns das Vertrauen der vorgeschrittensten Arbeiter erwerben. Dann werden wir wachsen, stärker werden, neue Kämpfer für die Vierte Internationale gewinnen. Dann bereiten wir einen 1. Mai vor, an dem wir offen unser Banner zeigen, offen für unsere Ziele marschieren können:

FÜR DEN REVOLUTIONÄREN STURZ DER BOURGEOISIE!
FÜR DEREN ENTSCHÄDIGUNGSLOSE ENTEIGNUNG!
FÜR DIE AUFRICHTUNG DER MACHT DER ARBEITER UND ARMEN BAUERN!
FÜR DIE PROLETARISCHE DIKTATUR!
FÜR DIE LENINSCHER REFORM DER SOWJETMACHT -- GEGEN DEN STALINISMUS!
FÜR DIE VEREINIGTEN RÄTEREPUBLIKEN VON EUROPA!
FÜR DIE VEREINIGTEN RÄTEREPUBLIKEN DER WELT!
FÜR DEN SIEG DES KOMMUNISMUS!

ES LEBE DIE INTERNATIONALE PROLETARISCHE REVOLUTION!

ES LEBE DIE VIERTE INTERNATIONALE!

oooooooooooooooooooo
oooooooooooooooooooo
oooooooooooooooooooo
oooooooooooooooooooo

DIE IMPERIALISTEN BEREITEN EINE NEUE KATASTROPHE VOR!
WER DIE ARBEITERKLASSE KANN SIE DARAN HINDERN!

Nur zwei Jahre imperialistischer "Frieden" mußten vergehen, um die Menschheit neuerlich vor die Frage zu stellen, ob es zu einem neuerlichen imperialistischen, zum dritten Weltkrieg kommen würde. Die Imperialisten sagen, daß nicht der Kapitalismus, sondern einzig und allein die "Expansions Tendenzen des Kommunismus" den Frieden gefährden. Ihre Lakaien, die demokratischen "Sozialisten" erklären, daß einzig der "Demokratische Sozialismus" als Vermittler zwischen Imperialismus und SU den Weltfrieden garantiere; daß es, solange "Sozialisten" in den Regierungen und in der UNO sitzen, keinen Krieg geben werde. Die Stalinisten sagen, "daß die friedliebende Sowjetunion und die fortschrittlichen Völker keinen Krieg wollen", und daß es deshalb auch keinen Krieg geben werde. Doch alle diese Worte sind nur schönklingende Phrasen, die den Zweck haben, in den Massen Illusionen zu erwecken, ihre Aufmerksamkeit einzuschläfern und die wahren Absichten derer zu verbergen, die so sprechen. In Wirklichkeit wird die Frage ob Krieg oder Frieden weder durch den Schwindel der UNO noch durch die "Friedensliebe und die Macht der fortschrittlichen Völker" sondern einzig und allein durch den Gang des Klassenkampfes entschieden. Eine nüchterne Analyse der derzeitigen internationalen Beziehungen beweist dies ganz eindeutig.

Die Lage der Imperialisten

Die Auslandsanleihen des USA-Imperialismus betragen mit Ende 1946 über 9 Milliarden Dollar, wovon fast die Hälfte England allein schuldet. Diese eine Tatsache charakterisiert bereits die ökonomische und dadurch auch politische Abhängigkeit der ganzen übrigen Welt vom amerikanischen Monopolkapital. Die Gläubiger von der Wallstreet waren die einzigen Sieger im zweiten imperialistischen Weltkrieg.

Der zweite imperialistische Weltkrieg hat die Frage der Führung im Lager der Imperialisten entschieden. Deutschland und Japan liegen am Boden, England hat sich verblutet und kann nur mehr mit Mühe sein Empire beisammenhalten, Frankreich ist eine Weltmacht nur mehr dem Namen nach.

Die USA sind zum ökonomischen und politischen Machtzentrum der Welt geworden. Das ist eine Tatsache, aber gleichzeitig nur die Hälfte der Wahrheit. In den USA konzentrierte der Krieg die Hälfte der Produktivkräfte der Welt, ungeheure Warenlager, ungeheuren Reichtum und in der übrigen Welt, besonders in Europa hinterließ er - Verwüstung, Armut und Elend. Die Konzentration der Produktivkräfte bringt aber auch eine Verschärfung der Konkurrenz, eine Verschärfung der Widersprüche des kapitalistischen Wirtschaftssystems.

Die nächste Weltwirtschaftskrise wird von den USA ihren Ausgang nehmen. Die letzten Nachrichten aus den USA berichten bereits von steigenden Arbeitslosenzahlen, von unanbringbaren Warenlagern, von der Vernichtung von unabsetzbaren Lebensmittelbeständen. Es sind dies die ersten Anzeichen der nächsten Weltwirtschaftskrise.

Auch die Imperialisten wissen dies. Sie bereiten sich zur Überwindung der Krise auf ihre Art vor. Sie rüsten zum allimperialistischen Raubkrieg gegen die SU.

Die "Friedens"konferenz in Moskau

Moskau wird das Versailles des zweiten Weltkrieges werden. In Versailles teilten sich die siegreichen Imperialisten die Welt untereinander auf, für zwei Jahrzehnte. Auch in Moskau geht es vor allem um die Aufteilung der Einflußsphären. Diesmal nicht nur unter den Imperialisten, sondern auch mit der SU. Nur wird es diesmal für keine zwei Jahrzehnte sein, sondern für eine bedeutend kürzere Zeit.

Die Imperialisten unter Führung der USA bereiteten ihr Auftreten in Moskau ökonomisch, politisch und militärisch mit einer Offensive gegen die SU vor.

Die Fusion der amerikanischen und englischen Zone in Deutschland, das Eindringen amerikanischen Kapitals in den "Glacis", die 1.500 Millionen Dollar-Anleihe und das Kriegsmaterial für vier Milliarden Dollar für China, die Verfügung über das Oel in Persien und im nahen Orient, die Anleihen an Griechenland und Türkei, das sind die wichtigsten Tatsachen der ökonomischen Offensive.

Die Unterstützung aller reaktionären Elemente in Europa, besonders in Polen, Griechenland, Spanien, die Angriffe gegen die Stalinparteien in USA und Kanada gehören zum politischen Teil der Offensive.

Die Koordinierung der militärischen Rüstungen des ganzen amerikanischen Kontinents (inklusive Kanada), die Verlängerung der Wehrdienstgesetze in USA und England, der Beistandspakt England-Frankreich, die militärischen Unterstützungen des USA-Räubers an Griechenland, Türkei und Persien zeigen deutlich die Absichten und die Richtung der allimperialistischen Strategie.

Offiziell befassen sich die "Großen Vier" mit der Ausarbeitung der Verträge mit Deutschland und Österreich, aber tatsächlich handelt es sich um die Kraftprobe des Imperialismus einerseits und der SU andererseits. Der Verlauf der Moskauer Konferenz gibt einen Einblick in das Kräfteverhältnis der Weltmächte.

In Jalta und Potsdam machten die "demokratischen" Imperia-

listen große Zugeständnisse an die SU, besonders in der Frage der Reparationen und des deutschen Eigentums. Sie waren damals dazu gezwungen. In Jalta war der Krieg noch im vollem Gange und in Potsdam war es noch nicht entschieden, ob die Imperialisten mit der europäischen Revolution so leicht fertig werden würden. Anders stehen die Dinge heute, zwei Jahre nach Beendigung des Krieges. Stalin hat bei seinen imperialistischen Bündnispartnern an Wert bedeutend verloren. Er hat ihnen geholfen, ihre gefährlichsten imperialistischen Konkurrenten zu besiegen und er hat ihnen auf seine Art geholfen, die europäische Revolution, vor allem die Revolution in Deutschland zu verhindern. Die damalige verhältnismäßige Stärke Stalins bestand im Lavieren zwischen den unüberbrückbaren Gegensätzen im imperialistischen Lager. Heute stellen die Imperialisten ihre Gegensätze untereinander gegenüber ihrer Bereitschaft, den dritten imperialistischen Weltkrieg als allimperialistischen Krieg gegen die SU zu organisieren, zurück. Das beweist deutlich ihre wirtschaftliche, politische und militärische Strategie der letzten Jahre. Das Kräfteverhältnis zwischen den Imperialisten und der SU verschiebt sich langsam aber sicher zu ungunsten der SU.

Die "Friedens"verträge, die in Moskau oder vielleicht auch anderswo zustandekommen werden, werden sich durch nichts von denen von Versailles unterscheiden, sie werden genau so wie jene Verträge zwischen Räubern auf Kosten der ausgebeuteten und unterdrückten Massen der ganzen Welt sein. Daran ändert auch der Segen der Labour-Party und der Stalins, den sie wahrscheinlich erhalten werden, nichts.

Diese "Friedens"verträge werden genau so wie jene von Versailles den Keim des nächsten imperialistischen Weltkrieges in sich tragen, der der allimperialistische Raubkrieg gegen die SU werden wird.

Die Rolle der Sowjetunion

Stalin befindet sich heute in Moskau in einer ähnlichen Lage wie Chamberlain und Daladier in München 1938. Er muß die Bedingungen der Imperialisten schlucken, vor ihnen Schritt für Schritt zurückweichen oder - zum Kriege schreiten. Die Stalinbürokratie versucht zu lavieren, auszuweichen, Zeit zu gewinnen, allerdings auf der allgemeinen Linie des Rückzuges, die ihr von dem Kräfteverhältnis zu den Imperialisten aufgezwungen wird. Persien wurde geräumt, um die Ansprüche Stalins auf die Positionen im Mittelmeer ist es still geworden, die Positionen in den "Glacis" werden allmählich von den Imperialisten durchdrungen, um mit dem französischen Räuber zu einem vorübergehenden Übereinkommen zu kommen, ist die Stalinbürokratie bereit, in der Deutschlandfrage nachzugeben.

Dieses Zurückweichen in der Außenpolitik wird vor allem durch die Lage im Innern bestimmt. Die Stalinsche Raubpolitik in den besetzten Gebieten genügte bei weitem nicht, um die durch den Krieg um 50% herabgeminderte Produktionskraft einigermaßen wieder auf ihre alte Leistungsfähigkeit zu bringen. Der Krieg kostete der SU über 300 Milliarden Dollar.

Die in alle Welt ausgesparte Abschaffung der Lebensmittelkarten ist ausgeblieben. Um den persönlichen Interesse beim Wiederaufbau mehr Antrieb zu geben wurden die Privilegien vermehrt. Aber desto größer die Privilegien, desto größer der Haß und die Interesselosigkeit der nichtprivilegierten Massen, auf die es vor

allen ankommt. Berichte von heimkehrenden Kriegsgefangenen besagen, daß die fortgeschrittensten Teile der Massen, besonders jene, die mit dem übrigen Europa Bekanntschaft gemacht haben, sich zum Widerstand gegen die Bürokratie organisieren, streiken, für eine Lenin-sche Reform der SU eintreten.

"Imperialismus"?

Kann die gegenwärtige Expansion des Kremls als Imperialismus bezeichnet werden? Vor allem andern müssen wir festhalten, welcher soziale Inhalt in diesem Terminus eingeschlossen wird. Die Geschichte kannte den "Imperialismus" des römischen Staates, der auf der Sklavensarbeit basierte, den Imperialismus der feudalen Grundbesitzer, den Imperialismus des Handels- und Industriekapitals, den Imperialismus der zaristischen Monarchie usw. Die treibende Kraft hinter der Moskauer Bürokratie ist unzweifelhaft die, ihre Macht, ihr Prestige und ihre Revenuen zu vergrößern. Dies ist ein Element des "Imperialismus" im weitesten Sinne des Wortes, welches auch in der Vergangenheit alle Monarchien, Oligarchien, herrschenden Kasten, mittelalterlichen Staaten und Klassen hatten. In der zeitgenössischen Literatur jedoch, zumindest in der marxistischen Literatur, wird unter Imperialismus die Expansionspolitik des Finanzkapitals verstanden, welches einen sehr scharf definierten ökonomischen Inhalt hat. Den Terminus "Imperialismus" für die Außenpolitik des Kreml anwenden - ohne genau festzulegen, was dies bedeutet - heißt einfach, die Politik der bonapartistischen Bürokratie mit der Politik des Monopolkapitalismus zu identifizieren, und zwar auf der Basis, daß sowohl die eine wie die andere militärische Macht zur Expansion anwendet. Eine solche Identifizierung, die nur Konfusion zu säen imstande ist, eignet sich mehr für kleinbürgerliche Demokraten als für Marxisten.

Leo Trotzki, Noch einmal und immer wieder über die Natur der USSR. 1939.

Die katastrophale innenpolitische Lage bestimmt also das Verhalten der Stalinbürokratie in der Außenpolitik.

Wie steht es nun mit den objektiven Bedingungen, die der verfaulende Weltkapitalismus schafft und die der SU als grundsätzlichen Gegner desselben in die Hände arbeiten müssen? Über diese Frage wollen wir uns im nächsten Kapitel Rechenschaft ablegen.

Der Kampf der Massen

Das zweite imperialistische Weltgenetzel hinterließ ein lebensunfähiges Deutschland und Europa. Was der imperialistische Krieg an den Produktivkräften Deutschlands noch übriggelassen hat, soll durch den imperialistischen "Frieden", der nun in Moskau beraten wird, vollends zerstört werden. Die deutschen Massen sollen einen großen Teil der hunderte Milliarden, die der Krieg gekostet hat, vermittels Reparationen und Kontributionen bezahlen.

In den letzten Wochen ging eine Streikwelle über die westlichen Zonen Deutschlands, deren Höhepunkt der Generalstreik der Bergarbeiter am 3.4. war. Hunderttausende demonstrierten und

streikten, und zwar trotz Besetzung und des Fehlens einer revolutionären Führung.

Mit diesen Kämpfen erinnerte sich das deutsche Proletariat seiner großen revolutionären Traditionen. Es beginnt aus seiner Letargie zu erwachen in die es 12 Jahre Faschismus und 2 Jahre Besetzung gebracht haben. Und wie haben sich die imperialistischen Besatzungsmächte verhalten? Anstatt die Demonstrationen und Streiks gewaltsam zu unterdrücken, haben sie sich beeilt, so schnell wie möglich Lebensmittel in die Notstandsgebiete zu schaffen, um die Massen zu beruhigen.

Diese Tatsache charakterisiert deutlich die objektive Reife der Lage. Die Regierungen der Besatzungsmächte werden es sich einigemal überlegen, bevor sie englische, französische und amerikanische Arbeiter in Uniform auf ihre hungernden und demonstrierenden deutschen Brüder schießen lassen werden. Sie werden sich daran erinnern, daß auch in England, Frankreich und USA die Arbeitermassen für die Verteidigung ihrer Existenzbedingungen kämpfen, streiken, demonstrieren. Wie, wenn da das ganze künstliche Gebäude der "nationalen Interessen", des nationalen Hasses usw. zusammenbricht und sich die Arbeiter in Uniform mit dem hungernden, verletzten deutschen Proletariat verbrüdernd, solidarisieren, sie ihren gemeinsamen Feind, die Weltbourgeoisie, erkennen. Die imperialistische Bourgeoisie fürchtet nichts mehr als das.

In Italien ist die Lage ähnlich wie in Deutschland. Auch hier bekommen vor allem die Massen die ökonomische und politische Ausweglosigkeit der Bourgeoisie zu spüren. Steigende Arbeitslosigkeit und steigende Preise verstärken täglich Not und Elend. Die Massen leisten heldenhaften Widerstand, kämpfen, streiken und demonstrieren.

Auch in Frankreich verschärft sich die innenpolitische Lage immer mehr und mehr. Der koloniale Raubkrieg in Indochina kostet täglich 100 Millionen Franken. Der Krieg ist in den Reihen des Proletariats äußerst unpopulär. Dem Druck der Massen nachgebend hat die Stalinpartei den letzten Kriegskrediten nicht zugestimmt, aber sich nicht dazu entschließen können, dagegen zu stimmen, um nicht aus der Koalition hinauszufliegen. Die Teilnahme an der Koalition ist für die französische Stalinbürokratie im Augenblick besonders wichtig, da sie auf Befehl von Moskau die französische Bourgeoisie zwingen soll, mit der SU in der Deutschlandfrage zusammenzuarbeiten. Stalin ist bereit, der französischen Bourgeoisie die Ruhrkohle zu überlassen, wenn diese den stalinschen Raubplan auf Deutschland sanktioniert.

Hier haben wir ein deutliches Beispiel des Stalinverrates an den Massen. Um der nationalen russischen Außenpolitik willen, verraten die Stalinbanditen die deutschen, die französischen, die kolonialen Massen in Indochina und fallen dadurch auch gleichzeitig dem russischen Proletariat in den Rücken.

Deutschland, Italien, Frankreich sind zu revolutionären Zentren geworden. Ähnlich, wenn auch nicht so weit vorgeschritten, liegen die Verhältnisse in fast allen Staaten Europas. Die Massen formieren sich, sich gegen die Rauboffensive der Bourgeoisie verteidigend, zum Gegenangriff. Damit streben die Dinge einem entscheidenden Punkte zu. Früher oder später müssen alle diese Kämpfe in der Machtfrage gipfeln. Um die Macht zu behaupten, muß die Bourgeoisie den demokratischen Rahmen ihrer Herrschaft aufgeben, zur offenen Diktatur übergehen. Aber auch umgekehrt beginnt der Kampf der Massen bei der Verteidigung ihrer demokratischen Rechte und Freiheiten, das heißt, sie werden durch die Erfahrungen ihres Kampfes selbst gezwungen werden, die Machtfrage zu stellen.

Die Kämpfe der kolonialen und halbkolonialen Massen, die

sich immer mehr und mehr ausweiten, sind eine wertvolle Unterstützung für das europäische Proletariat. Indem sich das Proletariat in den imperialistischen Ländern mit dem Kampfe der Kolonien und Halbkolonien gegen imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung solidarisieren, schwächen sie ihren eigenen Hauptfeind und schaffen sich wertvolle Bundesgenossen.

Die Führung der Massen

SP und Stalinpartei sprechen zu den Massen ungefähr so: "Solange es der Bourgeoisie schlecht geht, geht es euch auch schlecht. Ihr müßt mehr und fleißiger arbeiten, dann werdet ihr mehr zu essen haben, bessere Kleidung haben, besser wohnen. Dann, wenn die "Wirtschaft" wieder in Gang kommt, dann könnt ihr auch höhere Löhne von der Bourgeoisie verlangen. Ihr wollt streiken, demonstrieren, glaubt ihr, daß dadurch mehr Lebensmittel herbeigeschafft werden, daß dadurch alle zerstörten Wohnungen aufgebaut werden, usw. usw."

Die Massen antworten ihnen ungefähr so: "Wir haben jetzt zwei Jahre gearbeitet und gehungert. Dabei ist es uns immer schlechter gegangen, erholt haben sich durch unsere Arbeit die Schleichhändler und die Bourgeoisie. Wir haben nun genug davon. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß wir nur das bekommen, was wir uns erkämpfen, was wir uns selber nehmen. Wir werden jetzt kämpfen. Wenn ihr nicht mitmacht, zum Teufel mit euch."

Darauf beraten sich SP-, Stalinpartei- und Gewerkschaftsführung untereinander und sie kommen zu folgendem Schlusse: "Die Massen werden von unverantwortlichen, radikalen Elementen aufgehetzt. Wenn wir nicht mitmachen, werden Unruhen und Ausschreitungen entstehen. Übrigens schadet es nichts, wenn die Bourgeoisie wieder einmal sieht, wie notwendig sie uns zur Aufrechterhaltung der Ordnung braucht."

Das bedeutet in die politische Sprache übersetzt, daß SP, Stalinpartei und Gewerkschaften nur unter stärkstem Druck der Massen bereit sind, an deren Kämpfen teilzunehmen und ihre Hauptaufgabe darin sehen, aufzupassen, daß ja nicht die (kapitalistische) Ordnung gestört wird. Die "Arbeiter"parteien sind nicht der Kopf sondern der Schwanz der Massenbewegung und zwar ein Schwanz aus Blei, der sie an jedem entscheidenden Schritte hindert.

Das sind die Auswirkungen der Koalitionspolitik, der Zusammenarbeit mit dem Klassenfeind. SP, Stalinpartei und Gewerkschaften können dadurch nicht anders als die Massen betrügen, verraten.

Und was sind die Folgen davon?

Die objektiven Auswirkungen des katastrophalen Krieges im besondern und des verfaulenden Kapitalismus im allgemeinen treiben die Massen immer wieder in den Kampf um die Verbesserung ihrer primitivsten Existenzbedingungen. Genauer gesprochen heißt das, daß nicht die gesamte Masse wirklich kämpft, am Kampfe aktiv teilnimmt. Nur die vorgeschrittensten Teile, vor allem die besten Schichten des Proletariats kämpfen aktiv, der größte Teil der Massen, vor allem die Mittelmassen, verhält sich passiv, abwartend, schwankend, ein Teil kämpft sogar im Lager der Bourgeoisie in ihren neofaschistischen Parteien.

Das Proletariat spielt eine führende Rolle im Kampf der Massen. Aber das Proletariat selbst ist - ohne Führung. Es fehlt ihm der Kopf, die Klassenpartei.

Jene vorgeschrittenen, ehrlichen, revolutionären Elemente des Proletariats, unter deren Führung die Massenkämpfe heute stehen, können für eine kurze Etappe die Klassenpartei ersetzen, besonders

im aufsteigenden Ast der Revolution. Aber ohne daß sich diese führenden Elemente ihrer führenden Rolle bewußt werden, den Verrat von SP und Stalinpartei klar erkennen, sich zur Klassenpartei organisieren, ohne das wird es keine dauernden Erfolge geben.

Es ist die historische Aufgabe der IV. Internationale, diese vorgeschrittensten Teile des Proletariats im Namen ihres revolutionären Programms zu sammeln und sich dadurch selbst an die Spitze des Kampfes des Proletariats und über dieses an die Spitze des Kampfes der Weltmassen zu stellen.

Die Aufgabe der IV. Internationale

Wir gehen dem Höhepunkte einer objektiv revolutionären Epoche entgegen. Diese ist charakterisiert durch die Ausweglosigkeit des verfaulenden, absterbenden Weltkapitalismus, die Kampfbereitschaft des Proletariats, das trotz des Verrates von SP und Stalinpartei noch keine entscheidende Niederlage erlitten hat, das Schwanken der Mittelmassen, der Notwendigkeit für die Weltbourgeoisie, das kapitalistische Eigentum und die Macht nur durch Errichtung der offenen kapitalistischen Diktatur und durch die Beseitigung der SU vermittels eines allimperialistischen Raubkrieges behaupten zu können.

Die Perspektiven sind: Weltrevolution oder Weltkonterrevolution. Alles, was dazwischen liegt, kann nur Übergangsstadium von einem zum anderen sein.

Die Perspektive der Weltrevolution steht und fällt mit der IV. Internationale. Es muß ihr gelingen, mit den Massen für die Verwirklichung ihrer Tagesforderungen kämpfend, ihr Vertrauen zu erkämpfen, sich an ihre Spitze zu setzen und sie zu Siegen über die Bourgeoisie zu führen.

Jeder Sieg der Massen über die Bourgeoisie bedeutet einen Sieg der IV. Internationale, bedeutet eine Niederlage für den Opportunismus.

Jeder Sieg des Opportunismus auf Kosten der Massen bedeutet eine Niederlage der Massen, eine Niederlage der IV. Internationale.

Jeder Sieg von SP und Stalinpartei unter dem Druck der Massen gegen die Bourgeoisie bedeutet einen Sieg der Massen, einen Sieg der IV. Internationale, bedeutet aber auch letzten Endes eine Niederlage für den Opportunismus selbst.

Es wäre Wahnsinn zu glauben, der Zusammenbruch des proletarischen Staates, der den vollständigen Bankrott des Stalinismus bedeuten würde, könnte der IV. Internationale einen Auftrieb geben. Niemals! Der Verlust der wichtigsten Errungenschaft des russischen Oktober würde für die Massen die katastrophalste Niederlage der letzten Jahrzehnte bedeuten und dadurch auch eine katastrophale Niederlage für die IV. Internationale, von der sie sich nur schwer erholen würde.

Die IV. Internationale kann sich nur auf Siegen der Massen über die Weltbourgeoisie erheben und niemals auf Niederlegen. Die Massen können auf die Dauer nur siegen mit Hilfe der IV. Internationale.

Darin liegt die historische Aufgabe der IV. Internationale, darin liegt ihre historische Verantwortung.

Die Epoche der theoretischen Vorbereitung, der theoretischen Klärung, der Herausbildung von Kaderelementen der IV. Internationale geht ihrem Ende entgegen, ist in manchen Ländern bereits abgeschlossen.

Es beginnt der Kampf um die Massen. Für diese Periode dürfen wir nicht nach Jahrzehnten, sondern nur nach Jahren rechnen.

Der Kampf um die Massen bedeutet für die IV. Internationale zuerst einmal Kampf um jene vorgeschrittenen, führenden Elemente des Proletariats, die an der Spitze des Kampfes der Massen stehen. Diesem vorgeschrittenen Teil des Proletariats müssen wir helfen, die Massen zu Siegen zu führen.

Dann, wenn die Massen mit Hilfe von uns, mit Hilfe unserer Losungen, mit Hilfe unseres Übergangsprogramms Siege über die Bourgeoisie erringen werden, dann werden dies gleichzeitig auch Siege über den Opportunismus sein, dann werden sich diese Siege in propagandistische Erfolge für die IV. Internationale verwandeln.

Unter der Führung der IV. Internationale wird der Imperialismus gestürzt werden, wird das Proletariat die Vereinigten Sowjetstaaten von Europa, die Vereinigten Sowjetstaaten der Welt aufrichten.

oooooooooooooooooooooooooooo
oooooooooooooooooooooooooooo
oooooooooooooooooooooooooooo

DIE LEBENSHALTUNGSKOSTEN DER ÖSTERREICHISCHEN ARBEITER

Dem Märzheft der von der Stalinpartei herausgegebenen Zeitschrift "Die Arbeit" entnehmen wir folgende Angaben: Es werden die monatlichen Lebenshaltungskosten einer Salzburger Arbeiterfamilie mit vier Kindern berechnet. Mit Recht werden als Ausgangspunkt nicht die Elendsrationen des Lebensmittelauftrufes genommen, sondern die Bedarfsgüter, die notwendig sind, die körperliche Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Erwachsenen und das Gedeihen der Kinder zu verbürgen. Berücksichtigt werden Ausgaben für Bekleidung, Wohnung, Beheizung und Kulturzwecke - für Rauchwaren sind keine Beträge ausgeworfen.

Als Nahrungsbedarf wird eine durchschnittliche Kalorienzahl von 2200 pro Kopf und Tag angenommen, wobei die Differenz zwischen den durch die Rationierung erhältlichen Kalorien und den 2200, die zur Berechnung der Grundlage genommen werden, durch Zukauf im freien Handel gedeckt wird.

Während Prof. Dr. S t e d e n ("Österreichischer Volkswirt", April 1946) den Nährstoffverbrauch in Österreich im Jahre 1936 mit rund 3000 Kalorien pro Tag und Kopf angibt, die Arbeiterkammer im Jahre 1934 den Verbrauch bei Beschäftigten mit rund 3000, bei Arbeitslosen mit rund 2500 Kalorien berechnet, also zu demselben Ergebnis kommt, beträgt nach den Angaben des Völkerbundes der Kalorienbedarf eines Erwachsenen bei leichter Muskelarbeit 2600 bis 2800 Kalorien. Der dem Schema zugrundegelegte Kalorienverbrauch von 2200 ist also niedrig gegriffen.

Die Lebenshaltungskosten einer vierköpfigen Arbeiterfamilie ergeben, auf dieser Grundlage berechnet, folgendes Bild:

Lebenshaltungskosten Monat November/Dezember 1946

Rationierte Lebensmittel: 258.225 Kalorien kosten...	S 128.79
Durch Zukauf im "freien Handel" beschaffte Lebensmittel:	
112.100 Kalorien kosten...	S 338.--
370.325 Kalorien kosten...	S 466.79
Bekleidung	S 150.--
Wohnung, Beheizung, Beleuchtung	S 138.--
Sonstiges	S 67.47
Summe	S 822.26=100

Lebenshaltungskosten Monat Dezember 1946/Jänner 1947

Rationierte Lebensmittel: 220.560 Kalorien kosten...	S 114.18
Durch Zukauf im "freien Handel" beschaffte Lebensmittel:	
148.700 Kalorien kosten...	S 470.--
369.260 Kalorien kosten...	S 584.18
Bekleidung	S 150.--
Wohnung, Beheizung, Beleuchtung	S 158.--
Sonstiges	S 67.47
Summe	S 959.65=117

Vergleicht man die auf dieser Grundlage errechneten Lebenshaltungskosten, die im Dezember 1946/Jänner 1947 959.65 Schilling betragen, mit denen von November/Dezember 1946 in der Höhe von 822.26 Schilling, so ergibt das eine Steigerung der Lebenshaltungskosten um 17%. Diese Ziffern zeigen mit erschreckender Klarheit, in welchem Mißverhältnis die Löhne zu den Lebenshaltungskosten stehen. Aus der Lebenshaltungsstatistik der Arbeiterkammer, die bei der Berechnung der Lebenshaltungskosten von den amtlichen Hungerrationen ausgeht, von denen niemand leben kann, ist die gewaltige Spanne, die zwischen den wirklichen Lebenshaltungskosten und den Löhnen besteht, nicht ersichtlich.

Der von einer vierköpfigen Arbeiterfamilie im April 1938 (als jährlicher Durchschnitt gedacht) für Bekleidung und Haushaltsgegenständen gemachte Aufwand würde im Dezember 1946 zu offiziellen Preisen folgende Steigerung aufweisen:

	April 1938	Dezember 1946
Oberkleidung	S 102.35	S 306.25
Unterkleidung	S 57.53	S 130.05
Schuhe	S 52.90	S 189.52
Haushaltsgegenstände ..	S 58.37	S 147.42

Das ergibt eine zirka 300 %ige Steigerung.

Soweit also die Zeitschrift "Die Arbeit". Festzuhalten ist, daß sich ihre Berechnungen auf das Preisniveau Ende 1946 beziehen. In den seither vergangenen drei Monaten sind aber die Preise beinahe aller wichtigen Bedarfsgegenstände (wie z.B. der offizielle Schuhpreis) wie der wichtigen Nahrungsmittel (Kartoffel!) neuerlich gestiegen. Die Löhne bleiben hinter den Preisen weit zurück. Die verschiedenen Lohnerhöhungen, die noch dazu in den einzel-

nen Branchen sehr uneinheitlich waren, sind durch die seither vorgenommenen Preiserhöhungen längst überholt. Der Reallohn wird immer kleiner; die Arbeitskraft ist gegenwärtig die einzige Ware, deren Preis rapid sinkt.

Die zunehmende Verelendung der Massen ist das Ergebnis einer bewußten Aktion der Kapitalistenklasse zur Sanierung des verkrachten Kapitalismus auf Kosten der Massen, ist das Ergebnis des kapitalistischen Klassenkampfes gegen die Arbeiterklasse.

Die österreichischen Kapitalisten haben den Krieg verloren und die Zeche sollen jetzt die Massen bezahlen. Diesen niederträchtigen kapitalistischen Plan müssen die Arbeiter durchkreuzen.

Die Preise steigen - Einführung der gleitenden Lohnskala, die die Löhne den jeweiligen Preisen anpaßt !

Die Kapitalisten behaupten, sie hätten kein Geld, die "Wirtschaft" vertrüge keine weiteren Lohnerhöhungen - Rechnungslegung über die finanzielle Gebahrung der kapitalistischen Unternehmungen während und nach dem Krieg vor den Betriebsräten!

Restlose Konfiskation aller Kriegsgewinne sowie deren Zusammenfassung zu einem Fond, aus dem unter anderem die Differenz zwischen innerösterreichischen und Weltmarktpreisen bei der Einfuhr der für die Massen benötigten Lebensmittel und Bedarfsgegenstände zu bezahlen ist!

Einsichtnahme und laufende Überprüfung der kaufmännischen Kalkulation in jedem Betrieb durch die Betriebsräte!

Arbeiterkontrolle der Produktion und Verteilung!

Für diese Forderungen müssen die vorgeschrittenen Arbeiter in den Betrieben eintreten, müssen sie insbesondere dafür kämpfen, daß die Gewerkschaften sie sich zu eigen machen. Nur im entschlossenen Kampf für diese Forderungen können die Arbeiter ihre Lage verbessern, die kapitalistische Rauboffensive abwehren, ein Programm der Sanierung der Massen auf Kosten der Bourgeoisie verwirklichen.

oooooooooooooooooooo
oooooooooooooooooooo
oooooooooooooooooooo
oooooooooooooooooooo

DAS BETRIEBSRÄTEGESETZ

Das im Nationalrat durch die ÖVP und SP nach längeren geheimen Verhandlungen hinter dem Rücken der gewerkschaftlichen Vertrauensmänner der Arbeiterschaft beschlossene neue Betriebsrätegesetz ist ein Ergebnis der verräterischen Politik der Klassenzusammenarbeit der SP und Stalinpartei mit der Bourgeoisie. Es beinhaltet die Kapitulation dieser "Arbeitervertreter" vor der Bourgeoisie.

Die Stalinpartei hat im Nationalrat gegen das Gesetz gestimmt. Ihre Kritik gegen einzelne Teile des Gesetzes, das nach der Kapitulation der SP vor den Forderungen der Bourgeoisie sehr wesentlich von dem ursprünglichen Entwurf der Arbeiterkammer abweicht, war berechtigt. Trotzdem war es nicht richtig, gegen das ganze Gesetz zu stimmen, daß trotz seiner großen Mängel im Interesse der Arbeiterklasse liegt. Die Stalinpartei hätte vor allem

eine punktweise Abstimmung über das Gesetz verlangen und in den Betrieben einen wirklichen Kampf der Arbeiterschaft für ein in allen seinen Teilen fortschrittliches Betriebsrätegesetz organisieren müssen. Entscheidend zur Beurteilung der Politik der Stalinpartei sind aber nicht ihre parlamentarischen Scheinmanöver, sondern ihr wahres grundsätzliches Verhältnis zur Bourgeoisie, das gekennzeichnet ist durch ihre weitere Zusammenarbeit in der "Konzentrationsregierung" mit der ÖVP, der Partei der österreichischen Kapitalisten.

Das Betriebsrätegesetz ist für die Beziehungen zwischen Lohnarbeit und Kapital innerhalb der bürgerlichen Demokratie sicher das bedeutenste sozialpolitische Gesetz der zweiten Republik, ein Gradmesser der tatsächlichen Machtverhältnisse. Es widerspiegelt den proletarischen Anteil an der bürgerlichen Demokratie in dem wichtigsten Sektor der kapitalistischen Gesellschaft, in der Produktion, in den Betrieben. Von diesem Gesichtspunkt aus wollen wir das Betriebsrätegesetz prüfen.

Die "Betriebsdemokratie"

Der SP-Nationalrat Hillegoist erklärte im Parlament über das Betriebsrätegesetz: "Hier wurde etwas erreicht, was dem Charakter und der Verwirklichung einer Betriebsdemokratie schon sehr nahekommt". Untersuchen wir den Begriff "Demokratie" und seine Anwendung auf die derzeitigen realen Machtverhältnisse in der Sphäre der Produktion. Demokratie bedeutet Herrschaft des Volkes, eine Staatsform, in der die höchste Gewalt von der Gesamtheit der Staatsbürger, dem "Volk" ausgeübt wird, alle Staatsbürger gleichberechtigt und gleichgestellt sind. So lautet die bürgerliche Auslegung. Lenin analysiert als Dialektiker den Begriff Demokratie wie folgt:

"Demokratie ist nicht identisch mit Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit. Demokratie ist ein die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit anerkennender Staat, d.h. eine Organisation zur systematischen Gewaltanwendung einer Klasse gegen die andere, eines Teiles der Bevölkerung gegen den anderen." ("Staat und Revolution")

Die zweite Republik ist eine bürgerliche Demokratie, die die vorgeschrittenste und verhüllteste Form der kapitalistischen Diktatur darstellt, in der eine kleine Minderheit von Bourgeois, Großgrundbesitzern und Großbauern, auf den kapitalistischen Staatsapparat gestützt, über die ungeheure Mehrheit der unterdrückten und ausgebeuteten Werktätigen in Stadt und Land herrscht. In der Sphäre der Produktion drückt sich dieses soziale Machtverhältnis durch das Bestehen des unumschränkten Privateigentums an den Produktionsmitteln aus, die sich, was die entscheidendsten betrifft, in den Händen der kleinen Minderheit von Monopolkapitalisten befinden. Im kapitalistischen Betrieb herrscht der Unternehmer, entscheidet dieser allein über die Aufnahme und Entlassung der Lohnarbeiter. Das Monopolkapital bestimmt die Produktionsgestaltung, den Handel und die Verteilung des erzeugten Mehrwertes. Nur im harten, konsequenten politischen und gewerkschaftlichen Kampf gegen das Kapital und seine Profitinteressen kann das Proletariat seine Interessen durchsetzen. Die Interessen von Kapital und Arbeit stehen sich unversöhnlich gegenüber. Im Kapitalismus gibt es keine "Betriebsdemokratie". Die proletarische Betriebsdemokratie ist erst nach dem Sturze der Herrschaft der Bourgeoisie möglich, wenn die entscheidenden Produktionsmittel in die Hände der Gesellschaft übergehen und ihre Inangasetzung unter planmäßiger Leitung und

Führung des Proletariats erfolgt. Betrachten wir

die Hauptpunkte des Betriebsrätegesetzes.

1. Im Gesetzentwurf war vorgesehen, daß die Betriebsversammlung zum Organ der Betriebsvertretung bestimmt wird, sowohl in Betrieben, in denen die Einrichtung der Betriebsräte besteht, als auch in solchen, in denen nur Vertrauensleute bestellt werden. Den Arbeitern ist die Einflußnahme auf die Betriebsräte durch die Bestimmung gesichert, daß eine Betriebsversammlung einzuberufen ist, wenn sie von mehr als der Hälfte der Betriebsangehörigen gefordert wird. Im Gesetz wird noch besonders betont, daß die Mitglieder des Betriebsrates bei der Ausübung ihrer Tätigkeit keinerlei Weisungen der Betriebsleitungen gebunden sind, sie sind nur der Betriebsversammlung verantwortlich. Die Arbeiter müssen diese Bestimmungen ausnützen, müssen die Betriebsräte kontrollieren, müssen die Abhaltung von mindestens monatlichen Betriebsversammlungen verlangen, in denen die Betriebsräte über ihre Tätigkeit Rechenschaft ablegen müssen. Nur so ist deren Korruption zu verhindern.

Ein weiterer Absatz des Gesetzes räumt den Gewerkschaften und Arbeiterkammern das Recht ein, in die Betriebsversammlungen Vertreter zu entsenden. Die Arbeiter müssen wachsam gegen diese Bürokraten sein, sich nicht in ihrem Kampf gegen die Unternehmer durch deren vermittelnde Rolle hemmen lassen!

2. Das Gesetz sieht im Prinzip die Unkündbarkeit des Betriebsrates vor. Es läßt aber die Zustimmung über die Kündigung und Entlassung dem Einigungsamt über, welches eine paritätisch aus Unternehmer- und Arbeitervertretern zusammengesetzte Schlichtungskammer ist, mit deren Vorsitz "unparteiische" Personen betraut werden, die von den Bundesministern für Justiz und für soziale Verwaltung einvernehmlich bestellt und für das in der Praxis fast ausschließlich aktive oder pensionierte Richter zu Vorsitzenden berufen werden.

3. Die im Entwürfe vorgesehene Schaffung eines einheitlichen Arbeiter- und Angestelltenbetriebsrates wurde auf das Verlangen der Bourgeoisie von der SP fallengelassen und so dem Unternehmer die Möglichkeit gegeben, Arbeiter und Angestellte zu trennen und gegenseitig auszuspielen.

4. Entgegen dem ursprünglichen Entwurf der Arbeiterkammer gilt das Gesetz nicht für die Land- und Forstarbeiter; es läßt somit hunderttausende von Arbeiter ohne die geringste gesetzliche Sicherung ihres Vertretungsrechtes. Die SP gab den Forderungen der Großgrundbesitzer und Großbauern nach.

5. Im Entwurf war auch vorgesehen, daß alle Personalregelungen im Betrieb, wie Neuaufnahmen und Kündigungen, nur im Einvernehmen mit dem Betriebsrat durchzuführen sind. Die SP kapitalisierte auch in diesem wichtigen Punkt vor den Forderungen der Unternehmer, obwohl diesem Rechte besonders große Bedeutung zukäme. Diese Frage ist von Bedeutung. Ein bestimmtes Kräfteverhältnis der Klassen drückt sich in der realen Macht der Klassen wie der sie repräsentierenden Organisationen aus und findet seinen Ausdruck in den tatsächlich herrschenden Rechtsverhältnissen. In diesem Falle repräsentiert der Betriebsrat als Vertreter der Arbeiter deren Macht. Der Kapitalist will in seinem Betrieb schalten und walten - nach seinen Interessen. Der Betriebsrat sollte nun in das bisherige Recht des Kapitalisten, sich seine Arbeiter selbst wählen zu können, eingreifen; der Kapitalist sollte die Konkurrenz unter den Arbeitern nicht mehr ausnützen können. Die SP hat, wie gesagt,

auch in dieser Frage kapituliert und so ist also nach dem Gesetze der Betriebsrat bei Neuaufnahmen von Arbeitern und Angestellten nur vor ihrer Einstellung, wenn sich dies aber als "untunlich" erweisen sollte (und es wird sich immer für die Unternehmer als "untunlich" erweisen), spätestens gleichzeitig mit der Anmeldung

ooo
Wir sind illegal !
Beachtet die konspirativen Regeln !
ooo

zur Sozialversicherung zu verständigen. Hier hat also der Bourgeois völlige Freiheit behalten. Bei Kündigungen und Entlassungen ist der Betriebsrat vorher durch den Betriebsin-

haber zu verständigen; im Falle eines Einspruches entscheidet aber in letzter Instanz das Einigungsamt.

Die "Mitarbeit" der Arbeiter und Angestellten an der Führung und Verwaltung der Betriebe.

Auch in diesem Teile des Gesetzes konnte die Bourgeoisie jede wirkliche Machtstellung der Betriebsräte verhindern. Die Verfügung über die Produktionsmittel wie die Leitung der Produktion bleibt fest in den Händen der Kapitalisten. Ein Einspruchrecht gegen die Wirtschaftsführung des Betriebes, soweit sie den gesamtwirtschaftlichen Interessen widerspricht, steht dem Betriebsrate nur in Betrieben mit mehr als 500 Beschäftigten zu, doch über dieses Recht soll erst endgültig eine neu zu schaffende Behörde, die staatliche Wirtschaftskommission, entscheiden. In allen übrigen, und das sind 9/10 aller Betriebe, ist der Betriebsinhaber auf Verlangen des Betriebsrates nur verpflichtet, allmonatlich gemeinsame Beratungen über die allgemeine Betriebsführung abzuhalten, die aber für ihn in keiner Weise bindend sind.

Ansätze zu einer Arbeiterkontrolle der Produktion

Wirkliche Bedeutung als Ansatzpunkte zu einer Arbeiterkontrolle der Produktion haben jene Gesetzesbestimmungen, die den Betriebsrat ermächtigen, nicht nur die Auszahlung der Löhne zu kontrollieren, sondern auch in die zur Berechnung der Löhne und Gehälter erforderlichen Unterlagen Einsicht zu nehmen und diese zu überprüfen; der Betriebsinhaber ist verpflichtet, auf Verlangen des Betriebsrates diesem auch die zur Erläuterung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnung erforderlichen Aufklärungen zu geben. Ebenso hat der Betriebsinhaber über die wirtschaftliche Lage des Betriebes, Aufträge, Umfang der Erzeugung, Absatz und Pläne zur Förderung der Produktion Aufklärung zu geben. Im Entwurf selbst war auch vorgesehen, daß der Betriebsinhaber verpflichtet ist, dem Betriebsrat jährlich eine Abschrift der Steuerbilanz für das verflossene Geschäftsjahr vorzulegen.

Wenn es die Betriebsräte verstehen, von diesen Rechten Gebrauch zu machen, kann das einen wirklichen Ansatzpunkt zur Arbeiterkontrolle der Produktion bilden. Hierin liegt die positive Bedeutung des Gesetzes für die Arbeiterklasse. Während die verräterischen kleinbürgerlichen Lakaien der SP und Stalinpartei die den Betriebsräten durch dieses Gesetz gegebene Macht dazu ausnützen wollen, um mittels ihres politischen Einflusses auf die Betriebsräte ihre Politik der Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie in den Betrieben fortzusetzen und die Bourgeoisie notfalls

Noch charakteristischer sind vielleicht noch folgende Ziffern: im Jahre 1939 beschäftigten die Firmen mit mehr als 1000 Lohnarbeitern 30% der gesamten Lohnarbeiter; im Jahre 1944 44%. Für die Firmen die mehr als 10.000 Arbeiter beschäftigten sind die diesbezüglichen Verhältniszahlen 13 und 31%.

Nun zum Schluß die Bestätigung einer Tatsache, die beweist, daß im Gegensatz zu einer gewissen Propaganda, der Aktienbesitz der großen Fabriken äußerst konzentriert ist: nur 10.000 Personen (0,008% der Gesamtbevölkerung) besaßen 1939 ein Viertel und 75.000 (0,06% der Bevölkerung) besaßen die Hälfte der Aktien aller Unternehmungen. Die 1% Großaktionäre besaßen 60% der Aktien von den 200 bedeutendsten Unternehmungen (ausgenommen alle rein finanziellen Gesellschaften) Nur acht Familien kontrollieren mit ihren Finanzgruppen (Morgan, Mellon, Rockefeller, Du Pont und Kohn-Loeb) gemeinsam 106 von 250 der wichtigsten Gesellschaften und 2/3 ihrer Investitionen.

Die hier veröffentlichten Zahlen sind dem Berichte des Senatoren-Komitees für Kleinunternehmungen entnommen. Dieser Bericht unterstreicht gleichfalls, um wieviel die Kriegsaufträge die ökonomische Konzentration beschleunigt haben, denn bei einem Gesamtstand von 175 Milliarden an Kriegsaufträgen entfallen 117 Milliarden auf die größten Gesellschaften und hier wieder haben die 30 bedeutendsten 50% aller Kriegsaufträge erhalten.

Diese Angaben zeigen uns, daß die Konzentration der Produktionsmittel in den Händen einiger weniger Monopolisten in den USA immer mehr fortschreitet. Marx bewies durch seine geschichtliche und theoretische Analyse des Kapitalismus, daß die freie Konkurrenz die Konzentration der Produktion erzeugt, diese Konzentration aber auf einer gewissen Stufe der Entwicklung zum Monopol führt. Dieses Monopol ist längst zur Tatsache geworden. Der Prozeß vollzieht sich in der Form, daß ein Kapitalist mehrere kleinere tetschlägt, wie es der sinkende Anteil der Kleinunternehmer am Gesamtgewinn in den USA von 23,4% im Jahre 1918 auf 11,6% im Jahre 1942 zeigt. Auf der anderen Seite sehen wir eine immer größere Zusammenballung der Lohnarbeiter (derzeit beträgt ihre Zahl 58 Millionen in den USA), die in einen immer größeren Gegensatz zum monopolistischen Kapitalismus geraten. So haben die Profite der Monopolisten in den USA eine bisher noch nie dagewesene Höhe erreicht, während der Reallohn der amerikanischen Arbeiter seit 1945 um durchschnittlich 23% sank. Dieser Widerspruch führt im nationalen Rahmen zu riesigen Streikkämpfen und beschleunigt die unvermeidlich kommende nächste Krise. In seinen Beziehungen zur übrigen Welt verleihen diese Bedingungen dem amerikanischen Monopolkapitalismus eine gesteigerte Aggressivität, er muß danach streben, alle übrigen großen und kleinen Konkurrenten auszuschalten. Der Konkurrenzkampf wird im Weltmaßstab fortgesetzt und muß unvermeidlich zu neuen Kriegen führen.

oooooooooooooooooooo
oooooooooooooooooooo
oooooooooooooooooooo

STREIFLICHTER:

Die ÖVP-Demokraten an der Arbeit. Bei der Behandlung des neuen Vereinsgesetzes im Hauptausschuß des Nationalrates versuchte die ÖVP mit Nachdruck, dem Nachfolger des nazistischen "Deutschen und Österreichischen Alpenvereins", den "Österreichischen Alpenverein" endgültig zu legalisieren und ihm dabei das beträchtliche Vermögen

seines Vorgängers zuzuschützen. Diese Protektion des "Österreichischen Alpenvereins" ist verständlich: es haben sich in ihm eine Menge reaktionärer und faschistischer Elemente gesammelt, auf die sich die ÖVP gegen die Arbeiter stützen will. Da die SP nicht gleich bereit war, der ÖVP nachzugeben, erschienen deren Abgeordneten einfach nicht mehr zu der anberaumten Sitzung des Hauptausschusses, der, da mehr als die Hälfte der Abgeordneten fehlte, beschlußunfähig war. Der Regisseur dieses Streichs war der Fraktionsführer der ÖVP, der Heimwehrraschist R a a b .

Genau dasselbe machte wenige Tage später die ÖVP im Kärntner Landtag, als dieser zusammentrat, um den neuen Landeshauptmann zu wählen, für den die SP als stärkste Partei Kärntens den Kandidaten gestellt hatte. Die ÖVP-Abgeordneten, die die Aufhebung des den Großgrundbesitzern und Großbauern genehmen alten Jagdrechtes nicht verhindern konnten, blieben der Sitzung einfach fern; der Landtag mußte unverrichteter Dinge auseinandergehen, da die zur Wahl notwendige Anzahl der Abgeordneten nicht vorhanden war. Kärnten hat bis zur Stunde keinen Landeshauptmann.

Diese beiden Vorfälle sind wichtig. Sie zeigen, daß die Partei der österreichischen Kapitalisten sich schon genügend stark fühlt, um zur Sabotage der parlamentarischen Einrichtungen überzugehen, wenn ihr dies notwendig scheint. Die ÖVP-"Demokraten" beginnen die Maske zu lüften.

In den Wochen nach dem April 1945 haben sich die SP und die Stalinpartei vor Eifer überkugelt, um die ÖVP den Arbeitern als eine neue demokratische Partei hinzustellen, mit der nicht zusammenzuarbeiten geradezu ein Verbrechen an der Demokratie sei. Des Herrn R e n n e r erster Weg nach der "Ebefreiung" Wiens war nach seinem eigenen Eingeständnis der zu dem alten Lohndrücker- und Streikbrocherhüptling K u n s c h a k , um sich dessen Mitarbeit zu sichern. K u n s c h a k , dem Ernst F i s c h e r am 30.4.45 im Leitartikel des "Neuen Österreich" das Prädikat: "Alter ehrenwerter Arbeiterführer" erteilte, hat "mitgearbeitet"; man muß sagen, nicht ohne Erfolg für seine Partei. Doch wo bleibt der ehrenwerte "Demokrat" jetzt? Warum weist er den Heimwehr-Raab nicht in die Schranken der Demokratie? Wo bleibt die demokratische Praxis der ÖVP in Kärnten?

Die parlamentarischen Kretins der SP stehen diesen Treiben der ÖVP hilflos gegenüber. Statt die Arbeiter als Antwort auf die ÖVP-Provokationen zur außerparlamentarischen Massenaktion zu mobilisieren, der einzigen Sprache, die die ÖVP verstehen und auf die sie hören wird, stammeln sie ein paar Protestworte und treten dann verlegen zur Seite. Die Stalinpartei konstatiert dies und handelt dann genau so wie die SP. Die Arbeiter müssen aus dem aber lernen: die ÖVP ist nur solange "demokratisch", solange sie es sein muß. Sie beginnt jetzt mit der Sabotage der parlamentarischen Einrichtungen. So handelt die Partei, deren Weg bereits einmal über die polizeiliche Besetzung des Parlaments zur gewaltsamen Niederwerfung der Arbeiterklasse geführt hat. Schluß mit der Zusammenarbeit mit der ÖVP !

Eine Ehrung durch den Klassenfeind ! Das Eintreten der PCI, der Französischen Sektion der IV. Internationale, für die Freiheit und Unabhängigkeit Indochinas und ihre Solidarisierung mit dem heldenmütigen Kampf des Viet-Nam veranlaßte A n d r é , einen Deputierten der P.R.L., zu folgendem Ausrufe in der Französischen Kammer: "Warum läßt man die abscheuliche Kampagne der trotzkistischen Zeitungen zugunsten der Revoltierenden zu?"

Diese reaktionäre Attacke gegen die PCI bedeutet eine große

Ehrung für unsere französischen Genossen. Während SP und Stalinpartei jede Gelegenheit dazu benützen, der französischen Bourgeoisie zu beweisen, wie gute Patrioten sie wären, hat sich die PCI den Haß der französischen Bourgeoisie zugezogen. Sich den Haß der imperialistischen Bourgeoisie zuziehen, heißt die Freundschaft und das Vertrauen der ausgebeuteten und unterdrückten Massen gewinnen. Bravo, französische Genossen, so seid ihr auf dem richtigen Wege, auf dem Wege L i e b k n e c h t s und L e n i n s .

oooooooooooooooooooo
 888888888888
 oooooo

Soeben erschienen:

=====

S C H R I F T E N R E I H E
der INTERNATIONALEN KOMMUNISTEN ÖSTERREICHS
(Sektion der IV. Internationale)

Nr. 2

April 1947

Preis S 1,50

=====

DER TODESKAMPF DES KAPITALISMUS

UND DIE AUFGABEN

DER VIERTEN INTERNATIONALE

Programm der Mobilisierung der Massen durch
Übergangsforderungen als Vorbereitung auf die
Machteroberung, angenommen auf der Gründungskonferenz
der Vierten Internationale im September 1938

=====

L E S E T und S T U D I E R T

die von uns herausgegebene

S C H R I F T E N R E I H E